

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

## Die Errichtung eines Gemeindefriedhofes geplant. — Errichtung von 50 Kleinstwohnungen vorgesehen.

Die gestern abend von 19 Uhr ab in der Halle der Oberrealschule stattgefunden öffentliche Sitzung der Stadtverordneten erreichte erst kurz vor 10 Uhr ihr Ende. Es waren 30 Damen und Herren des Kollegiums anwesend. Es fehlten die Herren Stadt. Bielek (Komm.) und Mannmann und Albrecht (Bürgerl.). Am Ratsstube hatten Herr Bürgermeister Dr. Schröder, sowie Herr Stadtrat Dr. Schröter und Herr Stadtrat Hübler Platz genommen. Der Büderterrain konnte nicht als Besucher aufnehmen; viele wünschten sich mit einem Stichplatze begnügen. Vor Eintritt in die Tagessitzung gab Herr Stadt. Vorsteher Günther bekannt, daß außer den zur Beratung stehenden Punkten ein Antrag der SPD-Fraktion, die geplante Verteilung der Mietausweiser-Gerüte betreibe eingereicht worden sei. Das Kollegium erklärte sich damit einverstanden, daß diese Angelegenheit mit zur Beratung kommt.

### Mittelstangen.

In einer früheren Sitzung der Stadtverordneten war bekanntlich von sozialdemokratischer Seite Beschwerde darüber geführt worden, daß Kinder, die am Religionsunterricht in der Schule nicht teilnehmen und zeitweise auf städtische Kosten in auswärtigen Erholungsheimen untergebracht sind, dort gewaschen werden seien, an den gemeinsemsten Gebräuchen teilzunehmen. Der Rat war beauftragt worden, Schritte zu unternehmen und den Sachverhalt zu klären. Zu dieser Angelegenheit lag ein Antwortschreiben der Verwaltung des Bischöflichen-Stiftes in Bad Elster vor, in dem mitgeteilt wird, daß es der Verhinderung nicht möglich sei, ohne Nennung der Namen der in Frage kommenden Kinder die Angelegenheit zu verhindern. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß das Bischöfliche-Stift eine Anstalt des Inneren Mission sei und somit die in ihr üblichen Gebräuchen wie bisher durchgeführt würden. Herr Stadt. Vorsteher Günther erklärte, daß dieser Bescheid genüge. Die Fraktion habe tatsächlich erreicht, was sie erreichen wollte. Man werde sich künftig danach einzustellen wissen. Ubrigens sei der Name des betroffenen Kindes bekannt; die Tatsache könne jederzeit nachgewiesen werden.

Herr Stadt. Berger (Soz.) beantragte, auch in den städtischen Kinderhorten das gemeinsame Gebet einzuführen, besonders möchte dies auch im Städtischen Kinderhorten geschehen.

Herr Stadt. Günther gab seiner Bewunderung Ausdruck, daß man auf Seiten der Kinder eine derartige Stellung einnehme. Man solle doch den Erzieherinnen ihre Verantwortlichkeit nicht durch Wohnungserheben erschweren, die ihrem religiösen Empfinden entwiderlaufen.

Nach kurzer Erwiderung des Herrn Vorst. Günther, in der er betonte, daß von vielen, die an öffentlicher Stelle stehen, oft die Partei Religion und Moral verwechselt würden, wurde festgestellt, daß das Kollegium von der Vorlage Kenntnis genommen.

### Der sozialdemokratische Antrag.

Das gemeinsame Gebet in den hierigen Kinderhorten sollen zu lassen,

wurde gegen 12 Stimmen angenommen.

Sowieweit sich dieser Beschluss am Besuch der Kinderorte auswirken wird, wird die Zukunft lehren.

Es wurde weiter Kenntnis davon genommen, daß einem seinerzeit durch die kommunistische Fraktion gestellten Antrage gemäß beschlossen worden ist, der kommunistischen Jugend das Jugendheim an der Hohe Straße zur Verfügung zu stellen.

Ferner wurde von einem Schreiben der Gemeindeverwaltung Pausitz Kenntnis genommen, in welchem mitgeteilt wird, daß die Gemeinde Pausitz die Einzelmeldungsverhandlungen einstelle. — Herr Stadt. Vorsteher Günther bemerkte zu dieser Stellungnahme, daß die Stadt Riesa zunächst keine Veranlassung habe, die Verhandlungen weiter zu betreiben. Deutlich seien die Vorteile einer Vereinigung mit der Städtegemeinde Riesa auf Seiten der Gemeinde Pausitz. Herr Günther brachte hierbei eine leinerhalt in Pausitz stattgehende öffentliche Versammlung zur Sprache und erinnerte an ein Prinzip, daß in der Versammlung verlesen werden sei und in welchem die Behauptung enthalten gewesen sei, die Stadt Riesa sei stark verpflichtet. Diese Behauptung müsse von jedem Denker der Riesa finanziellen Verhältnissen entschieden zurückgewiesen werden.

**Entschluß**, die Gemeinden öffentlicher Nutzung an die im Wirtschaftskampfe befindenden Arbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke bez.

In der Sitzung der Stadtverordneten vom 10. Januar hatte die kommunistische Fraktion bekanntlich folgenden Antrag eingereicht:

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Riesa fordert durch Einreichung folgenden Antrages sofortige gemeinsame Sitz für die ausgewählten Lohnbeamterarbeiter: Das Kollegium beschliebt: Der Rat wird beauftragt,

1. das Arbeitsamt zu ersuchen, sofort an die um den Arbeitsmarkt kämpfenden Arbeiter des Eisenwerks Gewerkschaftsunterstützung zu zahlen.

2. Sofort durch die Stadtkasse den betroffenen Arbeitern vorwiegend Wehrung auf die in Frage kommende Unterstützung zu gewähren.

3. Im Falle der Ablehnung der Auszahlung der Gewerkschaftsunterstützung durch das Arbeitsamt wird die Unterstüzung durch die Stadt gesucht.

4. Für die Familien der kämpfenden Arbeiter sind Lebensmittel und Gewerung zur Verfügung zu stellen."

Punkt 1 des Antrages wurde bekanntlich angenommen, während die Punkte 2-4 zur weiteren Prüfung an den Rat überwiesen wurden.

Der Rat sowohl als auch der Büroleiter-Komitee und der Finanzausschuß haben sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Der Rat hat festgestellt, daß dem Antrag die gesetzliche Grundlage fehlt. Die Durchführung der Unterstüzung im Sinne des Antrages ist ungesetzlich und daher ungültig.

Der Büroleiter-Komitee hat den kommunistischen Antrag ebenfalls mit Wehrung abgelehnt und im Sinne des Vorabeschlusses des Büroleiter-Komitees beschlossen, jeden Einzelfall auf Gewährung einer besonderen Unterstützung zu prüfen und die Gründung nur bei Vorhandensein besonderer Not zu berücksichtigen. Diesem Beschlusse ist auch der Finanzausschuß beigetreten. Ein Antrag Bielek's, allen Gewerkschaften Unterstützung aus städtischen Mitteln zu gewähren, ist abgelehnt worden. — Der Rat hat den Auschlußbeschlüssen zugestimmt.

Herr Stadt. Vorsteher Günther verlas sodann ein umfangreiches Schreiben des Dezernenten des städtischen Bauhofsamtes.

Das Schreiben bedeutete in der Hauptstube eine Entgegnung auf die Ausführungen im Finanzausschuß zu dem von genanntem Dezernenten abgedeckten Gutachten, Entlastung von Arbeitern des Baubeamterwerkes vor erfolgter Auspeitung bzw. jenseit einer Rechtfertigung gegenüber ver-

(Soz.) auf den Inhalt des Schreibens ein. Es seien von dem Dezerenten Dinge behauptet worden, in denen Widersprüche grundsätzlich nicht bestanden. Besonders sei es unverständlich, daß der gesamte Ausschluß gegen das Gutachten einerseits lediglich um Neuerungen anderer Ausschlußmitglieder. Beantwortet werden sei allerdings, daß eine Zukunft nur von der Werkverwaltung eingeschöpft werden kann, während die Gewerkschaften nicht beansprucht, festzustellen, ob die seitens der Werkverwaltung getroffenen Maßnahmen auf rechtlicher Grundlage beruhen oder nicht. Wenn es gelte, ein einwandfreies Gutachten zu geben, hätten beide Teile gehoben müssen. Der Finanzausschuß betrachtete das Schreiben als eine Bureaucratie, die er energetisch zurückweisen müsse.

Herr Stadt. Höls (Komm.) trat wiederum dafür ein, den ausgewählten Werkbarbeitern eine angemessene Unterstützung zu geben zu lassen. Es würden sich gewiß Wege finden lassen, den Arbeitern wenigstens vorwiegend Unterstützungen zu gewähren. Man solle die Auszahlung an die Gewerkschaften nicht durch Vornahme der Prüfung der Besuche verhindern. Die Erfahrungen hätten erwiesen, daß tatsächlich unerlässliche Verbesserungen durch Prüfung der Besuchslisten eintreten würden.

Hierzu bemerkte Herr Stadt. Berger (Soz.), daß bereits Vorschläge in verschiedenen Höhlen gefestigt worden seien.

Herr Stadt. Horn (Soz.) kennzeichnete die Stellungnahme des kommunistischen Vertreters im Bürgersaal und im Vorbericht, wofür dieses beantragt worden sei, vorbehaltlos jede Art Gleichheit Unterstützung zu zahlen. Wenn man Finanzpolitik im Sinne der Kommunisten treiben wolle, würde man die gemeindlichen Finanzen sehr bald zu Grunde gerichtet haben. Ubrigens müsse es den Beteiligten gelingt werden, ob den Gewerkschaften anzuschließen und mit diesen zu kämpfen. Der Wert der Organisationen werde von den Nichtorganisierten erst zu spät erkannt.

Herr Stadt. Fischer (Ausw. und Volksw.) forderte, die Gelder zur Religionsunterstützung an anderer Stelle anzuwenden. Das Sozialfahrtamt sei nicht in der Lage, soviel Geld aufzubringen. Man solle sich an die Aufführung wenden.

Nach weiterem Wortgeplänkel brachte Herr Vorsteher Günther in Vorschlag, zu beschließen, in Höllen, in denen die Dringlichkeit zweifelsfrei besteht, Unterstützungen sofort auszuzahlen, in den übrigen Höllen die Unterstützungsbedürftigkeit mit Schärfe zu prüfen.

Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Am Abriß wurde von der Mitteilung des Rates Kenntnis genommen.

**Beitritt zur deutschen Zentralbücherei in Leipzig.**

Es handelt sich hierbei um die Benutzung der Büchendatenbank und Ausstellung von Druckschriften für Büchleinthe. Der Jahresbeitrag stellt sich auf 25 RM. Es wurde einstimmig beschlossen, der deutschen Zentralbücherei beizutreten.

**Befestigung eines Regenwassers.**

Zur Befestigung eines Regenwassers für den Bleichplan an der Schillerstraße zur Einziehung der Wölfe bei regnerischer Witterung wurde der erforderliche Betrag von 250 RM. einstimmig bewilligt.

Eine Anregung des Herrn Stadt. Höls, an den Hauptstellen des Städts. Kraftverkehrs Wartehäusern errichten zu lassen, wurde in die Niederchrift aufgenommen.

**Errichtung einer Ehe- und Sexualberatungskliniken.**

Der Errichtung wurde zugestimmt und die benötigten Mittel von 800 RM. einstimmig bewilligt.

**Gewerbung der Mitgliedschaft beim Allgem. Sozial.**

**Giebelerverband.**

Trotzdem es sich hierbei um ein Objekt von nur jährlich 25 RM. handelt, entwächst es eine ausgedehnte Debatte, der Erwerbung der Mitgliedschaft nicht zu stimmen. Die Ansichten der beiden linken Fraktionen gingen wieder einmal weit auseinander. Während die sozialdemokratischen Redner den Siedlungsbau als eine ideale Einrichtung, die besonders in unserer Stadt beachtliche Erfolge an vergangenen Tagen gezeigt haben, ließen die kommunistischen Sprecher durchblättern, daß sie in ihren Erwartungen enttäuscht worden seien und daß doch nicht alles so sei, wie man es erhofft habe. jedenfalls bedeute der Siedlungsbau für die meisten Siedler eine soziale Schwere, und deshalb sei das Siedlungswesen, wie es durchgeführt werde, nicht nach dem Geschmack der kommunistischen Partei.

Die Erwerbung der Mitgliedschaft wurde schließlich gegen die beiden kommunistischen Stimmen beschlossen.

**5. Nachtrag zu den Befestigungsmauern der Stadt Riesa.**

Der im Entwurf vorgetragene Nachtrag, der u. a. die Einziehung der Gewerbsaufsicht in die Gehaltsgruppen V-VII regelt, wurde einstimmig genehmigt. Der Nachtrag hat Wirkung vom 1. April 1926 ab.

Eine Anregung des Herrn Vorst. Günther, die neue Gemeinde-Befestigungsordnung recht bald zur Beratung vorzulegen, wurde in die Niederchrift aufgenommen.

**Die Aufrechterhaltung der Volksschule an der Deutschen Höheren Handelschule.**

Hierzu verfasste Herr Vorst. Günther eine ministerielle Eingabe und eine solche an die Höhere Handelschule. Nachdem Herr Günther den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu der Angelegenheit bekanntgegeben hatte und des näheren auf die finanziellen und sozialen Verhältnisse eingegangen war, und besonders auf die starke Belastung der Klassen und die damit verbundene Belastung der Lehrer und Schüler hingewiesen hatte, erklärte er, daß seine Fraktion der Aufrechterhaltung der Volksschule für das kommende Schuljahr zu stimmen werde, um den Eltern kurz vor Beginn des Schuljahrs nicht die Möglichkeit zu nehmen, ihre Kinder dort unterzubringen. Für nächstes Jahr werde die sozialdemokratische Fraktion destinet nicht dafür zu haben sein, daß die Volksschule weiter aufrecht erhalten bleibt.

Das Kollegium stimmte sodann der Vorlage einstimmig zu.

**Beratung der Frage der Errichtung einer höheren Mädchenschule.**

Hierzu berichtete Herr Vorst. Günther über die gesetzlichen Auschlußbestimmungen und über die Besprechungen beim Ministerium. Auch seitens des Ministeriums sei zum Ausdruck gebracht worden, daß es durchaus erwünscht und notwendig sei, eine höhere Mädchenschule unter weiblicher Leitung und mit weiblichen Lehrkräften zu errichten. Sowohl die finanzielle als auch die räumliche Lage bedinge aber, die Frage der Errichtung einer höheren Mädchenschule noch um ein Jahr zu verzögern.

Dem Beratungsvorleser trat das Kollegium einstimmig zu.

**Wahl eines hllv. Bezirksvorsteher für den 2. Bezirk.**

Wahl des bisherigen hllv. Bezirksvorsteherin Frau Vorsteherin Höls, welche nach Oppeln verzogen ist, wurde auf Vorschlag Herr. Richard Thomas, Blumenstraße 10, gewählt.

**Neuwahl der Einigungscommission.**

Auf Vorschlag wurden die bisherigen, der Commission angehörigen 6 Herren einstimmig wiedergewählt.

**Gutsverrechnung für 1925/27.**

Das Rechnungswerk, das geprüft und für richtig befunden worden ist, wurde vom Kollegium einstimmig beschlossen. Von dem erzielten Überschuss konnte der Haushaltsposten eingeholt werden. Der Betrag in Höhe von 5000 RM. abgeführt und eine Erneuerungsprüfung von 8000 RM. gebucht werden.

**Eintritt in einen Kaufvertrag bet.**

Einem Kaufvertrag zwischen Müller und Greulich, Stadtteil Metzdorf, und der Stadt Riesa wurde gegen 12 Stimmen der Rechteinhaber zugestimmt.

**Einrichtung eines Gemeindefriedhofes bet.**

Hierzu lag ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingedachter Antrag vor, in welchem das Kollegium erfuhr wird, daß in dem neuen Haushaltplan Mittel zur Einrichtung eines Gemeindefriedhofes eingelegt werden. Der Friedhof soll noch in diesem Jahre fertiggestellt werden.

Mit der Begründung vorliegenden Antrages war Herr Stadt. Willkomm (Soz.) beauftragt worden. Er wies darauf hin, daß in Groß-Riesa etwa 3000 Friedenstypen gesäßt würden, die dringend benötigt werden, daß endlich ein Gemeindefriedhof eingerichtet werde, so daß auch die Rechte der geweihten blieben, die einer Kirche nicht angehören.

Gleichzeitig mit der Beratung dieser Frage wurden auch die Darstellungen, die über ein Projekt, das am 27. Januar auf dem Weidaer Friedhof stattgefunden hat, und sonstige kirchliche Handlungen erörtert, des weiteren auch die zu dieser Gelegenheit von der Kirchengemeindevereinigung Weida gestellten (s. "Gesandt") von sozialdemokratischen Rednern diskutiert.

Nachdem Herr Stadt. Günther die Friedhofsordnung für Weida verlesen und darauf hingewiesen hatte, daß bei der in Frage stehenden Beerdigung nach der bestehenden Ordnung gehandelt werden sei, wurde die Ausdrucksfortsetzung fortgesetzt. Beider wurden von linker Seite kirchliche Fragen zuweisen in einer Art und Weise behandelt, die wahrlich nicht dazu angezeigt war, den Ernst der Sache zu wahren, abgesehen davon, daß verdeckte Angriffe besser an anderer Stelle geübt werden wären.

Trotzdem Herr Stadt. Dr. Möhlmeister (Werner) erklärt hatte, daß die Art der Behandlung der Frage in einer so eigenartigen Weise außerordentlich zu bedauern ist, glaubten im Laufe der weiteren Debatte doch noch einige Redner, Gelegenheit zu sonderlichen Darstellungen gefunden zu haben.

Herr Stadt. Schinkel erklärte namens der bürgerlichen Fraktion, daß sie der Meinung sei, es könnten auf gesetzlicher Grundlage Mittel und Wege gefunden werden, durch welche die Gefühle Anderer nicht verletzt würden. Die Rechte lehne deshalb den sozialdemokratischen Antrag ab.

Herr Bürgermeister Dr. Schröder teilte mit, daß sich der Rat mit dem Antrage der Einrichtung eines Gemeindefriedhofes beschäftigt habe. Zu der Frage, welche das Vorgerede der Kirchengemeindeverwaltung Weida anlaßt, der betr. Beerdigung anbelange, daß er (Redner) nicht herausfinden könne, daß gegen das bestehende Ordnung verstoßen werden sei. Sowohl auf Grund der ihm von bester Seite gewordenen Mitteilungen als auch aus dem Berlaufe der Ausdrucks habe er den Eindruck gewonnen, daß heute manches ausgebaut worden sei. Redner ging des weiteren auf die im Mai 1924 erfolgte Mitteilung an die Friedenstypen ein, auf welche leider keine Antwort erfolgt sei und erinnerte an die einstündige Landesordnung vom 21. Juli 1921 — ergänzt am 30. Juli 1922. Es scheine, daß die Weidaer vorigelegte Regelung der Landesordnung vorausgehe, weshalb es der Kirchengemeindeverwaltung Weida auferempfohlen sei, ihre Friedhofsordnung entsprechend zu korrigieren. Wenn die Kirchenräte sich genau nach der Landesordnung einstellen würden, könnten Heiraten vermieden werden. — Daß die Einrichtung eines Gemeindefriedhofes anbelange, so habe der Rat die Überzeugung erlangt, daß der Friedhof auf lange Sicht angelegt werden müsse, also an einer Stelle, wo er für die Dauer bleibend wäre. Die Wehrfrage sei aber noch zu erwägen. Man vertrate aber im Rate die Meinung, daß maninden sollte. Einigung zwischen den Parteien herzustellen, dann läge zur Zeit keine Dringlichkeit vor. Der Rat werde bemüht sein, mit den Kirchenräten in Weida und Greulich um diese handelse es sich in der Hauptstube Beratungen zu treffen, daß Beschwerden nicht wieder vorkommen.

Herr Stadt. Vorst. Günther brachte nochmals zum Ausdruck, daß seine Fraktion darauf bezieht, daß eine reine Scheidung erfolge; sie verzichtete auf Ostrecht und forderte Heimatrecht.

Rückdem noch Herr Stadt. Berger und Frau Stadt. Gießberg, sowie Herr Stadt. Michael zur Seite gestanden hatten, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Einrichtung eines Gemeindefriedhofes gegen 14 Stimmen angenommen.

**Die Errichtung von 50 Kleinstwohnungen bet.**

Auch diese Angelegenheit gab Beratung zu einer erheblichen Ausdruck. Der Berichterstatter, Herr Stadt. Gießberg, erklärte eingehend den von der sozialdemokratischen Fraktion eingedachten Antrag, der die Errichtung von 50 Kleinstwohnungen (Stube, Kammer, Küche) vorstellt. Es handelt sich darum, Wohnungen zu errichten, deren Mieten auch Minderbeamten erträglich sein sollen.

Es seien Mieten von etwa 800 RM. ins Auge gefasst. Die zu errichtenden Kleinstwohnungen sollen so eingerichtet werden, daß sie zu neuerer Zeit durch unerhebliche bauliche Änderungen zu größeren Wohnungen hergerichtet werden können. Das Projekt sollte aber nicht verschoben werden, sondern so gefördert werden, daß an den zukünftigen Stellen möglichst innerhalb 14 Tagen Entstehung gefaßt werde.

Herr Stadt. Schinkel (Bürgerl.) erklärte namens seiner Fraktion, daß diese mangels näherer Unterlagen der Vorlage heute nicht zusimmen könne. Es blüden allerdings noch mehrere nebeneinandergehende Projekte zur Beratung, die der Berichterstatter hat. Die Rechte